FREIBERUFLER-TICKER vom 10. Dezember 2021

1. Lebenslagenbefragung

Bürger und Unternehmen in Deutschland sind mit den Dienstleistungen der Behörden insgesamt zufrieden. Das ergibt eine Befragung des Statistischen Bundesamtes (Destatis) im Auftrag der Bundesregierung, die am 8. Dezember 2022 veröffentlicht wurde. Demnach sind 83 Prozent der Bürger und 80 Prozent der Unternehmen mit den Behördendienstleistungen eher oder sehr zufrieden. Die Corona-Pandemie hat laut Destatis nur einen geringen Einfluss auf die Zufriedenheit. Vergleicht man den Zufriedenheitswert der Bürger vor Mitte März 2020 mit Kontakten danach, zeigt sich nur ein geringer Rückgang – von durchschnittlich 1,2 auf 1,1. Auch bei den Unternehmen ist die durchschnittliche Zufriedenheit 2021 mit 1,0 im Vergleich zu 1,1 in der vorherigen Befragung nur geringfügig zurückgegangen. Mit einer Zufriedenheit von 1,4 bewerten die Unternehmen die behördlichen Dienstleistungen im Rahmen der Berufsausbildung besonders positiv. Am wenigsten gut fällt das Zeugnis für die Behörden bei Dienstleistungen rund um den Bau einer neuen Betriebsstätte aus, diese werden mit 0,7 bewertet. Die Zufriedenheit der Unternehmen mit der Beantragung von Corona-Hilfen liegt mit einem Wert von 0,9 leicht unter dem Durchschnitt. Dabei wurde beispielsweise die Beantragung von Kurzarbeitergeld (1,1) deutlich besser bewertet als die Beantragung von Überbrückungshilfen des Bundes (0,3). Weitere Erkenntnisse: Digitale Angebote werden stärker genutzt, sind aber weiterhin verbesserungswürdig. Unternehmen scheitern häufig schon am fehlenden digitalen Angebot der Behörden. Alle Befragten sind sehr zufrieden damit, dass die grundlegenden rechtsstaatlichen Prinzipien wie Unbestechlichkeit oder Diskriminierungsfreiheit von den Behörden geachtet werden. Allerdings gibt es deutliche Kritik am unverständlichen Behördendeutsch.

2. Geschäftsklima für Solo-Selbstständige und Kleinstunternehmen gibt deutlich nach

Das geht laut einer Pressemitteilung vom 9. Dezember 2021 aus dem neuen Index des ifo Instituts für diesen Bereich hervor. Der entsprechende Wert lag bei minus 6,2 Punkten, nach minus 0,5 im Oktober. Dies ist deutlich schlechter als für die Gesamtwirtschaft, wo der Wert bei plus elf lag.

3. Kurzarbeit steigt wieder

Die Zahl der Kurzarbeitenden in Deutschland stieg seit Februar 2021 erstmals. Im November 2021 nahm sie auf 608.000 zu, von 598.000 im Vormonat. Das sind 1,8 Prozent der Beschäftigten. Das schätzt das ifo Institut laut einer Mitteilung vom Ende vergangener Woche aufgrund seiner Umfragen und der Zahlen der Bundesagentur für Arbeit.

4. Ausgaben des Bundes zwischen 2005 und 2020

Die Gesamtausgaben des Bundes in jeweiligen Preisen stiegen nach den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) in den Jahren von 2005 bis 2020 um 55,9 Prozent von 325,9 Milliarden Euro auf 508,2 Milliarden Euro. Wie das Statistische Bundesamt am 6. Dezember 2021 mitteilte, erhöhten sich die Einnahmen des Bundes in Abgrenzung der VGR im selben Zeitraum um 51 Prozent von 279,3 Milliarden Euro auf 421,7 Milliarden Euro. Beim Anstieg der Einnahmen und Ausgaben in jeweiligen Preisen muss die Entwicklung der Verbraucherpreise berücksichtigt werden, die im genannten Zeitraum um 22,7 Prozent stiegen. Am stärksten stiegen die Ausgaben des Bundes im 15-Jahres-Vergleich im Aufgabenbereich „Gesundheitswesen“: Die Ausgaben haben sich hier von 4,7 Milliarden Euro 2005 auf 27,7 Milliarden Euro 2020 fast versechsfacht und machten 5,4 Prozent der Gesamtausgaben aus. Aufgrund der Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie stiegen die Ausgaben alleine von 2019 auf 2020 auf mehr als das Vierfache (plus 306,4 Prozent).

5. OECD zu Steuereinnahmen und Sozialbeiträgen während Corona

Die Corona-Pandemie beeinträchtigte die Steuereinnahmen weniger als frühere Krisen. Dies ist teilweise auf staatliche Unterstützung für private Haushalte und Unternehmen zurückzuführen, so eine Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), die am 6. Dezember 2021 veröffentlicht wurde: Die diesjährige Ausgabe der jährlich erscheinenden OECD Revenue Statistics zeigt, dass der Anteil der Steuern und Sozialabgaben an der Wirtschaftsleistung in den OECD-Ländern 2020 im Schnitt leicht auf 33,5 Prozent anstieg, eine Zunahme um 0,1 Prozentpunkte gegenüber 2019. Das Aufkommen aus Steuern und Sozialbeiträgen sank zwar in den meisten OECD-Ländern, aber oft weniger deutlich als das Bruttoinlandsprodukt. Dies führte zu einem leichten Anstieg der durchschnittlichen Steuer- und Sozialabgabenquote. Laut der Autoren trugen staatliche Unterstützungsmaßnahmen zur relativen Stabilität der Einnahmen bei, weil deutlich mehr Arbeitsplätze gesichert und Unternehmensinsolvenzen verhindert wurden als in der globalen Finanzkrise 2008/2009. Der Studie zufolge reichten die Steuer- und Sozialabgabenquoten der untersuchten Länder 2020 von 17,9 Prozent in Mexiko bis zu 46,5 Prozent in Dänemark. Unter den Ländern, für die Daten für 2020 vorlagen, verzeichneten 20 einen Anstieg und 16 einen Rückgang. In Deutschland ging die Steuer- und Sozialabgabenquote 2020 im Vergleich zum Vorjahr um 0,3 Prozentpunkte zurück (von 38,6 auf 38,3 Prozent).

6. OECD: Corona-Krise beeinträchtigt Renten kaum, Druck auf Rentensysteme wächst

Die Einkommen von Rentnern wurden in der Pandemie gut geschützt. Durch die Maßnahmen, mit denen die Regierungen der Länder der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) die Krisenfolgen für den Arbeitsmarkt abfederten, stützten sie außerdem auch zukünftige Renten. Langfristig aber wächst der Druck auf die Rentensysteme, insbesondere durch die Bevölkerungsalterung, so die aktuelle Ausgabe der OECD-Studie Pensions at a Glance, die am 8. Dezember 2021 vorgestellt wurde. Den jüngsten OECD-Projektionen zufolge wird die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (20 bis 64 Jahre) bis 2060 in den meisten süd-, mittel- und

osteuropäischen Ländern sowie in Japan und Korea um mehr als ein Viertel zurückgehen. Für Deutschland erwartet die OECD, dass der Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter bis 2060 um 21 Prozent zurückgeht.

7. Öffentliche Bildungsausgaben um sechs Prozent gestiegen

Wie das Statistische Bundesamt am 9. Dezember 2021 mitteilte, stiegen die öffentlichen Bildungsausgaben von Bund, Ländern und Kommunen 2020 auf 159,6 Milliarden Euro, ein Plus von sechs Prozent zum Vorjahr. An die Schulen floss im letzten Jahr knapp die Hälfte, 48,1 Prozent der öffentlichen Bildungsausgaben; 22,7 Prozent entfielen auf die Kindertagesbetreuung und 20,8 Prozent auf die Hochschulen. Getragen wurden die Mehrausgaben 2020 von Bund und Ländern, wobei die Bundesländer mit 70,1 Prozent den Großteil der öffentlichen Bildungsausgaben finanzierten. Der Bund erhöhte seine Ausgaben um 3,5 Milliarden Euro (ein Plus von 35,2 Prozent) auf insgesamt 13,4 Milliarden Euro. Zurückzuführen ist der starke prozentuale Anstieg der Bundesausgaben überwiegend auf Zuweisungen des Bundes an verschiedene Sondervermögen für Kindertagesbetreuung, Schulen und Bildungsförderung. Ausgabenschwerpunkte der öffentlichen Haushalte im Bildungswesen stellten dabei unter anderem die Digitalisierung von Bildungseinrichtungen, die Umsetzung von Hygienekonzepten, die Schaffung zusätzlicher Bildungs- und Betreuungsangebote sowie die Kompensation unvorhergesehener Mindereinnahmen dar. Bei Betrachtung des Anteils der öffentlichen Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) lässt sich der Einfluss der Corona-Pandemie ebenfalls feststellen. Gegenüber dem Vorjahr stieg hier der Anteil am BIP auf 4,8 Prozent (2019: 4,4 Prozent). Erklärbar ist dieser Anstieg durch den pandemiebedingten Rückgang des nominalen BIP bei gleichzeitig steigenden Bildungsausgaben.

8. Mittel zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur

2020 flossen über das Förderprogramm Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ 597,51 Millionen Euro ab. Das steht nach Angaben des Deutschen Bundestages in der Antwort der Bundesregierung (20/130) auf eine Kleine Anfrage.

9. 68,75 Millionen Euro für ERP-Gründerkredite in 2020

2020 wurden Förderkredite über das European Recovery Program (ERP) für Gründung im Umfang von 68,75 Millionen Euro ausgereicht. Das geht laut einer Mitteilung des Deutschen Bundestages vom Ende vergangener Woche aus der Antwort der Bundesregierung (20/122) auf eine Kleine Anfrage hervor. 2018 lagen die ERP-Kreditzusagen der Vorlage zufolge bei 98,51 Millionen Euro und 2019 bei 93,63 Millionen Euro.

10. Knapp 97 Millionen Euro für „Digital Jetzt“ beantragt

Über das im September 2020 gestartete Förderprogramm „Digital Jetzt“ wurden bis zum Stand 15. November 2021 96,92 Millionen Euro beantragt. Das schreibt die Bundesregierung in ihrer Antwort (20/124) auf eine Kleine Anfrage, über die der Deutsche Bundestag Ende vergangener

Woche informierte. Bewilligt worden seien bislang 69,7 Millionen Euro. Das Förderprogramm richtet sich explizit auch an Freiberufler-Unternehmen, die zum Zeitpunkt der Antragstellung mindestens drei Mitarbeiter beschäftigen.

11. Gelder für das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand

Für das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) standen laut Bundesregierung 2020 insgesamt 555 Millionen Euro zur Verfügung. Davon verausgabt wurden 488,13 Millionen Euro, heißt es in der Antwort der Bundesregierung (20/117) auf eine Kleine Anfrage. Darüber informierte der Deutsche Bundestag Ende vergangener Woche. Insgesamt 6.584 Unternehmen erhielten 2020 finanzielle Mittel aus dem ZIM. Das ZIM zielt auf mittelstandsgerechte Rahmenbedingungen und ist auf die Bedürfnisse von kleinen und mittelständischen Unternehmen, darunter auch Unternehmen in den Freien Berufen ausgerichtet.